

7 Landwirtschaft global gerecht gestalten

Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Wie werden Sie sicherstellen, dass kleine und mittlere bäuerliche Betriebe in Niedersachsen eine bessere Perspektive erhalten?
- 2 Was tun Sie konkret, um Formen der industriellen Tierhaltung einzudämmen und umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen zu fördern?
- 3 Wie verhindern Sie im Rahmen der internationalen Verantwortung, dass eine intensive Landwirtschaft in Niedersachsen bäuerlich geprägte Agrarmärkte in den Ländern des Südens zerstört?
- 4 Wie setzen Sie sich für eine europäische Verantwortung der Agrarpolitik im Sinne der Sustainable Development Goals ein?

Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** setzt sich dafür ein, dass umweltschädliche großflächige Monokulturen kompensiert oder unterbunden werden. Ziel ist es auch, bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern. Tierhaltung soll stärker an Agrarflächen gebunden sein.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich u.a. für die weitere Um- schichtung der Agrarsubventionen zugunsten einer ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, eine Pachtpreisbremse und Be- schränkungen der Nahrungsmittelspekulation ein. Der massen- hafte Import von Soja soll durch den verstärkten Anbau hei- mischer, gentechnikfreier Eiweißpflanzen reduziert werden. Auf europäischer Ebene setzen sie sich für eine intelligente Milchmen- genreduzierung ein.

Die **CDU** möchte für neue Regelungen in der Landwirtschaft eine Folgenabschätzung für die wirtschaftliche Praxis. Regionale Märkte sollen gestärkt, Landwirte bei der Diversifizierung und Spe- zialisierung unterstützen werden. Die CDU strebt eine stärkere Rolle der EU bei der Koordinierung entwicklungspolitischer Bemü- hungen und eine stärkere Kohärenz zwischen Agrar- und Entwick- lungspolitik an.

FDP setzt sich für eine Politik ein, die es der Landwirtschaft deut- lich einfacher auf bürokratischer Ebene macht. Sie sieht in der Di- gitalisierung neue Chancen für die Landwirtschaft und möchte sie gemeinsam mit den Landwirten fördern. Aus Sicht der FDP ist es schon heute möglich, in Afrika unter Weltmarktbedingungen zu produzieren.

Die Parteien im Wortlaut:

SPD

Die SPD setzt sich im Rahmen des Programms „Ressourcensiche- rung“ dafür ein, dass umweltschädliche großflächige Monokul- turen kompensiert oder unterbunden und gleichzeitig zusätzlicher Lebensraum im Biotopverbund gesichert werden. Einen Schwer-

punkt werden dabei Randzonen der genutzten Flächen und Ge- wässer bilden.

Des Weiteren ist uns der Schutz der Wasserqualität ein beson- deres Anliegen. Mit der konsequenten Umsetzung des „Master- plan Ems“ werden wir die Renaturierung der Fließgewässer weiter voranbringen. Zudem arbeiten wir an Konzepten zur Verminde- rung der Schadstoffeinträge und dem sparsamen Umgang mit dem Wasser in der Landwirtschaft.

Eine SPD-Landesregierung fordert eine wirksame Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, weil nur so Verbesse- rungen in der Umwelt zu erreichen sind.

Die Politik einer SPD-geführten Landesregierung ist auf eine lei- stungsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft ausgerichtet, die sich der Nachhaltigkeit und dem Tierwohl verpflichtet sowie res- sourceschonend qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert. „Vom Acker bis zur Ladentheke“ – in diesem Leitsatz ist ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit und Qualitätskontrolle durch lü- ckenlose Rückverfolgbarkeit garantiert. Eine solche Zielsetzung schließt die Zukunftsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirt- schaft ein. Ziel einer SPD-geführten Landesregierung ist es des- halb, das Tierwohl zu verbessern, eine Abwanderung der Tierhal- tung zu vermeiden und bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern.

Der Lebensmittelmarkt fordert neben der Versorgung mit gesun- den Lebensmitteln höchster Qualität auch regionale, vegetarische oder vegane Produkte. Das eröffnet der Agrar- und Ernährungs- branche neue Absatzchancen, die konsequent genutzt werden müssen.

Tierhalter sollen ihre hochwertigen Produkte im Einklang mit den gesellschaftlichen Anforderungen erzeugen. Dafür müssen sie die Tierhaltungssysteme stärker an die arteigenen Bedürfnisse der Tiere anpassen. Gemeinsam mit dem Berufstand will eine SPD- Landesregierung die Tierschutzstandards des niedersächsischen Tierschutzplans in diesen Betrieben schrittweise auf einer verläss- lichen Basis umsetzen. Dazu soll eine nationale Nutztierstrategie erarbeitet und möglichst bundeseinheitlich umgesetzt werden.

In viehstarken Regionen sind Geruchsemissionen sowie hohe Be- lastung von Boden, Oberflächen- und Grundwasser durch Nähr- stoffeinträge wie Gülle unvermeidlich. Zusätzlich fallen Gärreste aus Biogasanlagen als verwertbare Nährstoffmengen an. Künftig müssen die Nährstoffkreisläufe durch eine stärker an Agrarflächen gebundene Tierhaltung geschlossen werden. Flächenbewirtschaf- tung und Tierhaltung müssen wieder zusammenwachsen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird für die Kontrolle der Nährstoffströme sorgen und Verstöße gegen geltendes Recht ahn- den. Sie wird auf Landesebene den Rechtsrahmen dafür weiter- entwickeln.

Durch ein verbessertes Nährstoffmanagement werden auch die Einträge in die Flüsse und somit auch das Meer sowie das Trink- wasser verringert. Auch unterstützen wir die Reduzierung des Mülls im Meer. Über Projekte zur klimaschonenden Landwirt-

schaft sollen weiter Techniken entwickelt werden, die den Boden und das Klima schützen. Moore sollen geschützt werden, die Ausweisung der FFH-Gebiete und von Naturschutzgebieten wird weiterverfolgt.

Bündnis 90/Die Grünen

Antwort 1: Wir haben die Agrarförderung nach dem Motto „kleine Betriebe, kleine Auflagen - große Betriebe, große Auflagen und Belastungen“, massiv umgestaltet und ökologisch ausgerichtet. Zum Beispiel werden nur noch tiergerechte kleine und mittlere Stallbauten gefördert. Mit dem Weidemilchprogramm fördern wir gezielt die Weidehaltung von Kühen. Dies kommt vor allem kleinen und mittelständischen Milchviehbetrieben zu Gute. Zur Stabilisierung des Milchpreises setzen wir auf eine intelligente Milchmengenreduzierung auf europäischer Ebene. Um klein- und mittelständische landwirtschaftliche Betriebe zu stützen, wollen wir dem Einstieg von Großinvestoren in den landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Niedersachsen einen Riegel vorschieben und eine Pachtpreisbremse einführen.

Antwort 2: Seit dem rot-grünen Regierungswechsel 2013 gibt es endlich einen deutlichen Zuwachs bei der ökologischen Landwirtschaft. Diesen positiven Trend wollen wir mit einer weiteren umfassenden Förderung fortsetzen. Dazu gehört die Umsetzung eines Aktionsplans Ökolandbau gemeinsam mit den Verbänden, die Erleichterung des Flächenzugangs für Biobetriebe, indem z.B. Pachtflächen öffentlicher Eigentümer vorrangig ökologisch bewirtschaftet werden sollen, und die weitere Stärkung einer ökologischen Ausrichtung der Ausbildung in den Berufs- und Hochschulen. Wichtig ist auch, dass die Infrastruktur für die Vermarktung ökologischer Produkte deutlich verbessert wird.

Zu besseren Orientierungen von Verbraucher*innen fordern wir von der Bundesregierung eine transparente -Lebensmittelkennzeichnung in Bezug auf die Haltungsbedingungen und eine Reform der europäischen Agrarpolitik die darauf zielt, eine bäuerliche, ökologische und tiergerechte Wirtschaftsweise zu unterstützen.

Wir haben den Tierschutzplan erfolgreich und konsequent umgesetzt: Das Kürzen der Schnäbel von Millionen von Legehennen und Enten haben wir beendet und den Ausstieg aus dem Töten männlicher Küken forciert. Mit einer Prämie für intakte Ringelschwänze und den Verzicht auf Kastenstände haben wir auch bei den Schweinen eine tiergerechte Haltung gefördert. Wir haben eine Tierschutzbeauftragte in der Landesregierung und eine Schwerpunktsanwaltschaft für Verstöße gegen das Tierschutzrecht eingesetzt. Die von uns durchgesetzte Verbandsklage für Tierschutzverbände ist ein wichtiger erster Schritt, um den Tieren eine Stimme zu geben. Den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung haben wir um weit mehr als 50 Prozent reduziert. Die artgerechten Haltungsformen fördern wir durch die Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens für tiergerechtere Ställe sowie verpflichtende tierärztliche Standarduntersuchungen.

Antwort 3: Wir GRÜNEN setzen auf Klasse statt Masse in der niedersächsischen Fleischproduktion. Die immer noch starke Exportorientierung insbesondere in Länder des Globalen Südens sehen wir ausgesprochen kritisch, denn sie zerstört ihre Märkte und landwirtschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns für den Erhalt und den Aufbau regionaler Lebensmittelproduktionen hier wie anderswo ein. Den massenhaften Import von Soja und die damit

verbundenen Umweltfolgen wollen wir durch den verstärkten Anbau heimischer, gentechnikfreier Eiweißpflanzen reduzieren und haben hierzu ein Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht.

Antwort 4: Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die weitere Umschichtung der Agrarsubventionen zugunsten einer ökologischen Landwirtschaft, eine weitere Reduzierung der Agrarexportförderung in Entwicklungsländern und gegen Nahrungsmittelspekulationen ein. Alle diese Maßnahmen müssen einhergehen mit einer Stärkung der regionalen Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe, um die Existenzgrundlage der Landwirt*innen zu erhalten. In Niedersachsen setzen wir uns für die Förderung des Ökologischen Landbaus, für ein Wassergesetz zur Reduzierung des Eintrags von Gülle, Pestiziden und Dünger sowie im Bund für die Anpassung des Düngerechtes ein, um die Wasserqualität entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu verbessern. Mit dem Schutz niedersächsischer Moorlandschaften, der zu einem erheblichen Anteil durch EU-Fördermittel finanziert wird, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Auch die Umsetzung der Agrarwende wird sich positiv auf einen verminderten Treibhausgasausstoß aus der Tierhaltung bemerkbar machen.

CDU

Antwort 1: Unser Land braucht auch in Zukunft eine leistungsstarke und widerstandsfähige Land- und Ernährungswirtschaft mit allen vor- und nachgelagerten Stufen, die in allen Regionen verankert ist und sich national wie international wirtschaftlich im Wettbewerb behaupten kann.

Jeder Landwirt, jeder zukünftige Hofnachfolger soll wieder mit Vertrauen in die Landesregierung und ihre ordnungsrechtlichen Vorgaben Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen können. Jeder neuen Gesetzesinitiative und Regelung soll zunächst eine Folgenabschätzung für die wirtschaftliche Praxis vorangehen. Die dazu befähigten Einrichtungen der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Wirtschaftskammern werden wir dafür stärken.

Regionale Märkte werden wir ebenfalls mit einem Förderprogramm stärken. Sie sind u. a. für die Akzeptanz der Lebensmittelproduktion im Land sehr wichtig, wirken vertrauensbildend und vernetzend und beleben die ländlichen Räume. Wir werden Landwirte bei der Diversifizierung und Spezialisierung unterstützen, damit diese beispielsweise durch die Umstellung auf nachgefragte Nischenprodukte neue Marktchancen ergreifen zu können.

Wir treten für eine umfängliche europäische Förderpolitik für den ländlichen Raum in Gänze ein, um die Anpassung von gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land sicherzustellen. Wir wollen die erste Säule erhalten und die zweite Säule aufwerten, um die neuen gesellschaftlichen Anforderungen an eine zukunftsfähige, moderne Landwirtschaft fördern zu können.

Wir schlagen vor, dass Lebensmittel „Made in Niedersachsen“ offensiv als solche gekennzeichnet werden können, um die heimische Wirtschaft zu stärken.

Antwort 2: Unsere nach guter fachlicher Praxis wirtschaftenden Landwirte arbeiten nach international höchsten Standards. Die artgerechte Haltung der Tiere ist elementarer Bestandteil der Arbeit und Ausbildung auf den Höfen in Niedersachsen.

Wir werden Forschung und Entwicklung von neuen, modernen Tierhaltungssystemen finanziell fördern, um das Tierwohl weiter zu verbessern. Wir werden die Erkenntnisse des Tierschutzplans Niedersachsen weiterentwickeln, um weitere Verbesserungen des Tierschutzes vereinbaren zu können, ohne tierhaltende Betriebe finanziell und organisatorisch zu überfordern. Wir appellieren an die Marktteilnehmer, Initiativen für mehr Tierwohl aktiv zu unterstützen.

Die praxisorientierte Folgenabschätzung wird zu einem obligatorischen Bestandteil jeder Maßnahme. Wir unterstützen eine ergebnisoffene Debatte über eine nationale Nutztierstrategie. Diese Strategie muss einen Handlungs- und Entwicklungsspielraum eröffnen, in dem sich Investitionen der Agrar- und Ernährungswirtschaft verlässlich vornehmen lassen.

Bei Förderungen aus dem Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) wird ein Schwerpunkt auf den Themen Tierwohl in Ställen liegen.

Antwort 3: Wir werden hierzu ein Exportförderprogramm erarbeiten, das Rücksicht auf regionale Märkte in den Ländern des globalen Südens nimmt und in Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen der Europäischen Union steht.

Antwort 4: Die Europäische Union nimmt die entscheidende Stellung in der Weiterentwicklung der Agrarpolitik wahr. Durch die von der CDU angestrebte stärkere Rolle der Europäischen Union bei der Koordinierung entwicklungspolitischer Bemühungen wird es künftig leichter, agrar- und entwicklungspolitische Ziele miteinander zu verbinden und Konflikte abzubauen.

FDP

Antwort 1: Ländliche Räume brauchen eine starke landwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit einer flächendeckend gesicherten Produktionsbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen. Flächenentzug durch Infrastrukturmaßnahmen und eine rein quantitative Flächenkompensation sowie überflüssige Bürokratie treffen vor allem kleine und mittlere bäuerliche Betriebe, weil diese solche Eingriffe schlechter kompensieren können. Hier verdient die Landwirtschaft eine Politik, die es ihr deutlich einfacher macht. In der Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können.

Antwort 2: Es gibt einen Kontrast zwischen der kommerziellen Forderung nach Veränderung in der Tierhaltung und dem tatsächlichen Marktanteil extensiv erzeugter Produkte. Zudem hat die Betriebsgröße gegenüber anderen Einflussfaktoren (z.B. Betriebsmanagement) einen vergleichsweise geringen Einfluss auf das Tierwohl. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen.

Antwort 3: Einige Politiker machen den Export von Agrarprodukten in Entwicklungsländern mitverantwortlich für Entwicklungen wie beispielsweise die Flüchtlingskrise. Tatsache ist, dass zum Beispiel Afrika als am wenigsten entwickelter Kontinent in der Diskussion immer als eine Einheit betrachtet wird. In Wirklichkeit sind die Länder dort – wie überall anders auf der Welt – extrem

unterschiedlich. Die EU-Exporte nach Afrika gehen vor allem in die relativ weit entwickelten Länder wie Marokko, Algerien, Ägypten oder Südafrika. Diese Länder kaufen deutsche Lebensmittel, weil sie einen relativen Wohlstand erreicht haben und es sich leisten können. Die Migranten hingegen kommen aus ganz anderen Ländern (Least Developed Countries (LDC)). Dazu kommt, dass für den Export bestimmter Teile (z.B. Schweineohren, Schweinepforten und Hühnerbeine) allein das Verbraucherverhalten in Industrieländern verantwortlich ist. In der Diskussion werden oft zwei Dinge kritisiert: Ersten würden wir durch den Export von Nahrungsmitteln ein Entwicklungsländern ihre Möglichkeiten rauben, selbst Nahrungsmittel zu produzieren. Zweitens würden beispielsweise chinesische Investoren Land in Afrika kaufen, um für den Weltmarkt zu produzieren. Offensichtlich ist es demnach schon jetzt möglich, in Afrika unter Weltmarktbedingungen zu produzieren. Dazu fehlt oft das Know-How, wobei die Industrieländer helfen können. Dazu muss bei den Machhabern der Wille zur Eigenentwicklung ihrer Länder vorhanden sein. Darüber hinaus gibt es Initiativen der EU: Mit der Initiative „Alles außer Waffen“ (Everything But Arms – EBA) wird den 49 am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) der zoll- und kontingentfreie Zugang zum EU-Markt für alle Produkte gewährt, ausgenommen Waffen und Munition. Es ist wichtig, auf diese Weise Raum zu schaffen für eigene Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer.

Antwort 4: Unsere Landwirtschaft ist bereit und auch in der Lage, sich dynamischen Veränderungsprozessen zu stellen. In der Produktion und Vermarktung bietet die Digitalisierung ganz neue Chancen, dem Verbraucher Lebensmittel anzubieten, die nach seinen Wünschen erzeugt werden. Die Produktion von Nahrungsmitteln ist immer ressourcenschonend möglich. Entwicklungen wie Big Data, in denen die Landwirtschaft oft sogar Vorreiter ist, machen dies möglich. So lassen sich mit der Präzisionsdüngung schon heute erhebliche Mengen Dünger sparen, während gleichzeitig die Erträge steigen. Im Pflanzenschutz ist es mit neuen Applikationstechniken bald möglich, Unkrautbehandlungen einzelpflanzen genau durchzuführen. Ressourcenschonende digitale Assistenzsysteme der Landwirtschaft 4.0 kommen auch in Bereichen der Tierhaltung zum Einsatz, um eine optimale Nahrungsvorsorge zu erreichen, negativen Stress zu vermeiden und die Gesundheit zu fördern. Die Fortsetzung und koordinierte Förderung dieser positiven Entwicklung – auch auf EU-Ebene – kann nur gemeinsam mit den Landwirten gelingen. Das Wissen der hervorragend ausgebildeten jungen Landwirte muss dabei genutzt werden. Sie sind Experten in der Landwirtschaft und unsere wichtigste Ressource für die Zukunft.

Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Der VEN erwartet von einer zukünftigen Landesregierung eine Reduzierung des Soja-Futtermittel-Imports durch die Förderung des Anbaus eiweißhaltiger Futtermittel in Niedersachsen. Außerdem setzt er sich für eine Reduzierung der Agrarexporte in Entwicklungsländer ein, dazu gehört, dass sich die zukünftige Landesregierung auf EU-Ebene für eine Mengendeckelung der Milchproduktion einsetzen sollte. Umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen sollen gefördert werden, z. B. durch eine Kennzeichnungspflicht. Insgesamt fordert der VEN eine Umschichtung von EU-Subventionen zugunsten einer ökologischeren, bäuerlichen Landwirtschaft. Schließlich setzt der VEN sich für eine Förderung von Kampagnen für öko-fairen Konsum ein.